

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2483

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2483



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Perspektiven zur Pandemie und der Weltwirtschaft



MICHAEL VON PROLLIUS * • März 2020

Zusammenfassung

- Eine Krisenbeschreibung ist anspruchsvoll, wenn sie Substanz haben soll. Erforderlich ist eine Theorie des Normalen, ein Diagnosemodell und Kausalität – nicht Korrelation. Doch schon das Begreifen der Normalität fällt in der Ära von Nullzinsen, der Transformation durch Digitalisierung und Automatisierung und eines institutionellen Wandels in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft schwer. Die aktuelle Krise weist eine hohe Komplexität auf mit einer kaum übersehbaren Fülle von Faktoren. Es besteht ein hohes Mass an Ungewissheit über den weiteren Verlauf der Corona-Pandemie, die wiederum die Weltwirtschaft beeinflusst.
- Ausmass und Dauer der staatlichen Anti-Pandemie-Massnahmen werden die wirtschaftliche Entwicklung mittelfristig massgeblich beeinflussen. Je länger die Einschränkungen anhalten, desto mehr werden Angebot und Nachfrage vermindert und kommt die wirtschaftliche Tätigkeit zum Erliegen. Das beeinträchtigt Liquidität und letztlich Solvenz von Unternehmen. Wenn viele Unternehmen nur noch wenig Umsatz machen, beginnt sich ein destruktiver Netzwerkeffekt durch Wirtschaft und Gesellschaft zu fressen – vereinfacht: keine Umsätze – keine Arbeit – keine Gehälter – keine Miet- und Kreditzahlungen – keine Nachfrage – keine Produktion – keine Steuern.
- Schocks bilden in der langfristigen Entwicklung regelmässig nur eine Delle im Wirtschaftswachstum. Es gibt aber auch gravierende, langfristig bedeutende Einschnitte wie die Grosse Depression. Wir stehen in mehrfacher Hinsicht am Anfang einer Zeitenwende. Krisen verringern Freiheit und forcieren Etatismus und Zentralismus sowie wohlstandsvernichtenden Protektionismus. Überholte Strukturen werden konserviert, Zombie-Unternehmen gestützt.
- Krisen bieten aber auch Chancen. In Krisen wächst Wissen. Krisen können Missstände bereinigen. Krisen gehen vorüber. Die weltweite Vernetzung ist die Voraussetzung für Frieden und Wohlfahrt und stellt uns weitaus besser als zur Zeit der Spanischen Grippe. In langer Frist geht es fast allen besser.

* Der Autor, Dr. phil., ist Wirtschaftshistoriker und assoziierter Forscher am Liberalen Institut.

Das ist keine gewöhnliche Krise. Strukturell angeschlagene Wirtschaftssysteme werden von einer Pandemie getroffen. Der externe Schock löst weitgehende staatliche Massnahmen aus. Beide zusammen lassen Angebot und Nachfrage zugleich einbrechen. Ohnehin befindet sich das Weltfinanzsystem nach der Finanzkrise 2008 in einem anormalen Zustand. In vielen Volkswirtschaften sind strukturelle Reformen seit Jahren überfällig, während durch eine Welle des Protektionismus die Weltwirtschaft geschwächt wurde.

Indikatoren

Der Baltic Dry Index (BDI) ist ein Frühindikator für die Weltwirtschaft, der für bis zu zwölf Monate im Voraus auf das Volumen des Welthandels hinweist. Über 90 Prozent der weltweit gehandelten Güter werden per Schiff transportiert. Anfang September 2019 stand der BDI auf einem Fünfjahreshoch mit 2.500 Punkten. Nach einer kleinen Erholung liegt er Mitte März bei nur 630 Punkten. Als die Finanzkrise 2008 weltweit ausbrach, war er von 11.000 auf 700 Punkte abgestürzt.

Der Ölpreis, hier Crude Oil der Sorte West Texas Intermediate (WTI), hat sich seit Jahresbeginn halbiert und liegt mit rund 30 US-Dollar pro Fass so tief wie Anfang 2016. Vor vier Jahren sorgte der Ölpreisschock für Verwerfungen bei ölexportierenden Schwellenländern und begünstigte Ölimporteure.

Gold ist mit zeitweise 1.600 US-Dollar pro Unze nicht weit vom Allzeithoch inmitten der Finanzkrise im August 2011 entfernt und binnen Jahresfrist nunmehr um knapp 25 Prozent gestiegen. Zugleich brechen die Börsenkurse gleich mehrfach massiv ein – die Bären sind los.

Die USA haben ein 30-Tage-Einreiseverbot für Europäer verhängt. Israel hat alle Touristen ausgewiesen, Einreisende müssen sich 14 Tage in private Quarantäne begeben. In Iran steht das ohnehin unter Sanktionen leidende Gesundheitssystem vor dem Zusammenbruch. Italien befindet sich in einer Art Kriegszustand, hat viele Tote durch das Coronavirus Sars-CoV-2 zu beklagen und betreibt in Krankenhäusern Triage: Alte Menschen werden zum Sterben abgewiesen oder nach Hause geschickt. In weiteren europäischen Ländern baut sich die Corona-Welle gerade auf. Das öffentliche Leben kommt allmählich zum Erliegen. Staatsführungen verhängen Ausgangssperren.

Die weltweite Verschuldung von privaten Haushalten, Unternehmen und Regierungen hat 2019 neue Rekorde erreicht; sie beträgt im Verhältnis von Schulden zum BIP über 320 Prozent. Allein in den ersten drei Quartalen 2019 sind die Schulden um neun Billionen auf insgesamt 253 Billionen US-Dollar gestiegen. Die Hälfte des Anstiegs geht auf entwickelte Länder und Märkte zurück – die USA verzeichnen ein Allzeithoch. Zugleich hält die Triple-N-Ära der Niedrig-, Null- und Negativzinsen an. Die Euro-System-Probleme sind ungelöst. Teile der Wirtschaft stecken in einer Strukturkrise, forciert durch den Neohandelsprotektionismus.

Gedankliche Klarheit

«Krise» bezeichnet eine Entwicklung, bei der das Normale für längere Zeit aussetzt. Wiederholt ineinandergreifende Abläufe mit der Hoffnung auf Rückkehr zum Normalzustand sind gestört. Eine Krise ist unvermeidlich auch eine Konstruktion ihrer Beobachter. Eine Krisenbeschreibung ist anspruchsvoll, sobald sie Substanz haben soll. Erforderlich ist eine Theorie des Normalen, ein Diagnosemodell und Kausalität – nicht Korrelation.

Schon das Begreifen der Normalität fällt in der Ära von Nullzinsen, der Transformation durch Digitalisierung und Automatisierung (Industrie 4.0) und eines institutionellen Wandels in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft schwer. Das gilt gerade für die Erosion von Institutionen, deren massiver Vertrauensverlust in den USA beispielgebend von Yuval Levin in *A Time to Build* untersucht wurde. Der Politikwissenschaftler und Gründer des Magazins *National Affairs* bietet damit eine übergreifende Erklärung für die Phänomene Elitenversagen, Populismus und korrumpierter Kapitalismus.

Zur Krise gehört das Risiko. Die Krisenperspektive ist auf die Ursachen gerichtet. Der Risikoblick betrachtet die Wirkungen. Krisendiskurse sind eher vergangenheitsorientiert, Risikoanalysen blicken dementsprechend in die Zukunft.

Die Lage ist derzeit durchaus ernst, aber keineswegs hoffnungslos. Gute Ökonomie bietet Hilfe als Orientierung durch die Krisenpolitik, beim Identifizieren von Kausalität und Konsequenzen und sogar beim Blick in die Zukunft.

Mit Friedrich August von Hayek sind in sozialen Zusammenhängen – anders als in der Naturwissenschaft – lediglich Mustervorhersagen (pattern predictions) möglich. In seiner Nobelpreisrede wies Hayek darauf hin, dass Prognosen von blossen Mustern aus Aussagen über allgemeine Eigenschaften von Strukturen bestehen, die sich ausbilden werden. Das gelte insbesondere für (freie) Märkte, da gerade die Leistungsfähigkeit des Marktes in einem Entdeckungsverfahren bestehe. Anders formuliert: Wir können die Zukunft schwerlich vorhersagen, weil die Menschen noch nicht wissen, wie sie handeln werden, da die dafür erforderlichen Informationen sich erst in der Zukunft herausbilden und selbst den Akteuren nicht bekannt sind.

Elemente einer Krisenperspektive

In der Perspektive der politischen Ökonomie erscheinen mit Blick auf die Weltwirtschaftspandemie 2020 derzeit insbesondere folgende Aspekte relevant:

Erstens: Die aktuelle Krise weist eine hohe Komplexität auf mit einer kaum übersehbaren Fülle von Faktoren, darunter einzelne handelnde Menschen in Staatsführungen, Unternehmensleitungen und internationalen Institutionen wie der EZB sowie Verbraucher und Aktienbesitzer, aber auch strukturelle Aspekte von Pandemie, Welthandel und Finanzsystem. Das menschliche Gehirn kann lediglich bis zu sieben Faktoren kombinieren. Bisherige ökonomische Krisenmuster wie sie John Maynard

Keynes, Milton Friedman, Friedrich August von Hayek und Ludwig von Mises analysiert haben, treffen nur teilweise zu, da es weder am Potenzial von Angebot und Nachfrage mangelt noch allein monetäre Faktoren ursächlich sind.

Zweitens: Es besteht ein hohes Mass an Ungewissheit über den weiteren Verlauf der Corona-Pandemie, die wiederum massgeblich die Weltwirtschaft beeinflusst. Führende Virologen bieten unterschiedliche Schätzungen über Ausmass und Verlauf der Epidemie. Bedeutend für den Verlauf der Pandemie sind die Geschwindigkeit der Ausbreitung und die Notwendigkeit eines Totlaufens mit über 50 Prozent infizierter Bevölkerung und damit die Frage, ob es zu weiteren Infektionswellen kommt. In Europa und den USA wird der Höhepunkt der Epidemie von einigen Virologen erst für den Sommer prognostiziert. Hoffnungen richten sich auf eine lediglich drei Monate währende Krise wie in China. Epidemien können indes mehrere Jahre dauern. Hier ist vor allem die forschende pharmakologische Industrie herausgefordert.

Drittens: Die Auswirkungen von Corona auf die Wirtschaft sind vielfältig. Der Ölpreis spiegelt beispielsweise den gleichzeitigen Angebots- und Nachfrageschock wider. Einerseits nimmt durch die Produktionsausweitung von Saudi-Arabien der Angebotsüberhang zu, strukturell getrieben seit der Fracking-Revolution in den USA. Andererseits sinkt die Öl-Nachfrage in der Pandemie, bedingt durch den Ausfall von Arbeitskräften, Vorprodukten und Produktionsstätten, gestörte Wertschöpfungsketten, nachlassenden Verbrauch und sinkenden Bedarf. Ausserdem trifft der Nachfrageschock in Folge eines ausfallenden «sozialen Konsums» vor allem Restaurants, Hotels und Tourismus sowie Veranstaltung in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft, darunter Sport und Kultur. Ein Ausweichen in «soziale Medien» im weiteren Sinne ist kein Ersatz, ermöglicht aber durch nutzen digitaler Kommunikationsmittel das Aufrechterhalten von Informationsflüssen.

Viertens: Ausmass und Dauer der staatlichen Anti-Epidemie-Massnahmen werden die wirtschaftliche Entwicklung mittelfristig massgeblich beeinflussen. Einige Beispiele: Beschränkungen der Bewegungsfreiheit und deren Folgen für die Produktion in China, Italien und Spanien sowie den Tourismus weltweit, das Schliessen aller Geschäfte, von Schulen und Kindergärten, was wiederum Eltern vielfach daran hindert, zu arbeiten. Die Absage praktisch aller professionellen Sportveranstaltungen trifft einen Markt, der weltweit rund eine halbe Billion US-Dollar ausmacht. Je länger die Einschränkungen anhalten, desto mehr werden Angebot und Nachfrage vermindert, kommt die wirtschaftliche Tätigkeit zum Erliegen. Das beeinträchtigt Liquidität und letztlich Solvenz von Unternehmen. Die Luftverkehrswirtschaft erlebt den schwersten externen Schock in ihrer Geschichte mit derzeit geschätzten über 100 Milliarden US-Dollar Umsatzeinbussen. Ein Ausleseprozess kündigt sich an, für den die Lufthansa und damit die Swiss noch vergleichsweise gut gerüstet sind, die aber auch nur ein knappes Vierteljahr durchhalten könnten. Gerade kleine lokale Unternehmen, darunter Brauerei- und Gastwirtschaften, die viele Arbeitsplätze bieten, aber auch Friseure, Heilpraktiker, Fensterputzer, Techniker, Kosmetiker und viele andere selbständige Erwerbstätige ohne Angestellte stehen vor der Überlebensfrage. Viele hoffen auf einen staatlichen Ausweg mittels Kurzarbeitergelds.

Schätzungen der Credit Suisse zufolge stehen uns eine kurze Rezession bevor, wenn die Ausnahmesituation nur bis Mai anhält. Die Deutsche Bank prognostiziert nur zwei Quartale schrumpfende Wirtschaft. Auch das Flossbach von Storch Research Institute hält die Krise noch für überschaubar. Gleichwohl sind Wohlstandsverluste für viele Menschen im laufenden Jahr wahrscheinlich. Das gilt nicht nur angesichts der Börsenentwicklung, die zum Beispiel etwas wohlhabendere Senioren vor die Frage stellt, ob sie sich ihr Seniorenstift noch leisten können. Es ist keineswegs ausgemacht, dass der aktuellen Krise ein rasanter Aufholprozess folgt.

Entscheidend ist die Dauer des Ausnahmezustands mit drastischen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und Aufhebung der Versammlungsfreiheit bis zu Ausgangssperren. Wenn viele Unternehmen nur noch wenig Umsatz machen, beginnt sich ein destruktiver Netzwerkeffekt durch Wirtschaft und Gesellschaft zu fressen – vereinfacht: keine Umsätze – keine Arbeit – keine Gehälter – keine Miet- und Kreditzahlungen – keine Nachfrage – keine Produktion – keine Steuern. Ab der «Stunde Null» kehrt sich der Prozess um. Je nach Krisen-Verlauf, ob V-Form, W- oder aber L-Form, kann sich der Prozess wiederholen und fort dauern. Dazu drei Fragen: Wie lange können kleine und grosse Unternehmen sowie Inhaber und Angestellte massive Einbussen aushalten? Wie lange können staatliche Transfers durch weitere Verschuldung und Geld drucken geleistet werden? Wann sinkt das Wohlfahrtsniveau wie stark?

Fünftens: An den Börsen der Welt wird Kapital im Umfang von Billionen vermindert. Am 9. März 2020, einem Schwarzen Montag, fielen die Kurse drastisch, der Dow Jones beispielsweise um fast 1 200 Punkte und damit so stark wie auf dem Höhepunkt der Finanzkrise. Optimismus weicht Ernüchterung und Pessimismus, gar Panik. Das Kurs-Gewinn-Verhältnis wird neu beurteilt. Die Kurse waren den Fundamentaldaten längst enteilt – Vermögenspreis inflation. Eine Korrektur kann heilsam sein, trifft aber aufgrund des Korrekturausmasses in Verbindung mit dem Nachfrageeinbruch auch gesunde Unternehmen und private Anleger, deren Vermögen und Konsummöglichkeiten auf lange Zeit vermindert werden können. Der Dow Jones brauchte ein Vierteljahrhundert, um das Spitzenniveau vor der Weltwirtschaftskrise wieder zu erreichen.

Ein Zusammenbruch des Bankensystems ist unwahrscheinlich. Die europäischen Kreditinstitute haben in den letzten Jahren ihr Eigenkapital erhöht und die faulen Kredite in ihren Bilanzen verringert. Der europäische Bankensektor ist etwas robuster als vor der Weltfinanzkrise. Die Zentralbanken werden jede benötigte Liquidität bereitstellen. Als letzter Ausweg kommt zeitlich begrenzt einmal mehr eine Verstaatlichung in Frage. Schliesslich weist Japan den Weg eines auf Dauer gestellten Ausnahmezustands im Finanzsystem.

Sechstens: Welche politischen Folgen hat die an Fahrt gewinnende Weltwirtschaftskrise? Wird sie die Wahl des amerikanischen Präsidenten beeinflussen und zu einem Kurswechsel der USA führen? Ist der Aufstieg Chinas nur kurz eingebremst und sitzt die Staatsführung, die propagiert, die Corona-Krise überwunden zu haben, mit ihren immer autoritäreren Massnahmen perspektivisch fest im Sattel? Wird die

Staatsführung im Iran mit wahrscheinlich bereits über 5.000 Toten weiter geschwächt, und beeinflusst das Konflikte im Nahen Osten? Wer geht in europäischen Ländern und auf EU-Ebene gestärkt aus der Krise hervor? Wie reagiert Italien auf die unterbliebene EU-Hilfe? Antworten auf diese Fragen fallen auch deshalb schwer, weil eine Reihe anderer Faktoren eine Rolle spielt und nur manche mit der Doppelkrise aus Pandemie und Wirtschaftseinbruch zusammenhängen.

Siebtens: Dazu gehören Strukturprobleme im Wirtschaftssystem und in einzelnen Branchen. Seit 2008 gibt es in Europa keine nennenswerte Diskussion über Strukturreformen mehr. Bis dahin waren die Zeitungen voller Diskussionen über Reformen der Arbeitsmärkte und der Sozialsysteme. Zentralisierungsambitionen und Etatismus als pauschale Lösungen für Herausforderungen von moderner Bildung über Klimawandel bis hin zu Innovationen und Digitalisierung dominieren. Wir leben längst in einer politisch gelenkten Wirtschaft, die manche systemische Ähnlichkeit mit der Wirtschaft der späten 1920er und 1930er Jahre aufweist, neben vielen Unterschieden. Industrie und Handwerk leiden massiv unter mangelndem fachlich geeignetem Nachwuchs. Viele Bildungssysteme sind überholungsbedürftig. Die Autoindustrie steht je nach Sichtweise mitten im Umbruch oder vor der Implosion. Die Produktivität des Westens lahmt. Überkapazitäten und überbewertete Vermögenswerte prägen nicht zuletzt die Emerging Markets.

Freiheitliche Risikoperspektive

«Risiko» bezeichnet die Wahrscheinlichkeit eines Schadens. Welche Folgen lassen sich als Mustervorhersagen für die Freiheit machen?

Schocks bilden in der langfristigen Entwicklung regelmässig nur eine Delle im Wirtschaftswachstum. Es gibt aber auch gravierende, langfristig bedeutende Einschnitte wie die Grosse Depression und die Grosse Rezession. Wir stehen in mehrfacher Hinsicht am Anfang einer Zeitenwende.

Krisen verringern Freiheit und forcieren Etatismus und Zentralismus sowie wohlstandsvernichtenden Protektionismus. Überholte Strukturen werden konserviert, Zombie-Unternehmen gestützt. Die EZB hat ihre Nettoanleihekäufe bis zum Jahresende auf 120 Milliarden Euro erhöht, die Fed die Leitzinsen wieder auf fast Null gesenkt und beabsichtigt die Bestände an Staatsanleihen um mindestens 500 Milliarden US-Dollar zu erhöhen, aber auch Unternehmensanleihen direkt zu kaufen. Staatsführungen stellen Billionen schwere Konjunktur- und Stützungsprogramme in Aussicht. Die Lasten werden dem einfachen Konsumenten und den Steuerzahlern auferlegt, auch in Form von Geldentwertung. Gekniffen ist die untere Mittelschicht. Das Finanzsystem bedarf weitgehender struktureller Reformen einschliesslich einer Rückkehr zur Tugend des Sparens.

Zwar tritt der Ökologismus einen Moment hinter der Weltwirtschaftsepidemie zurück. Mittelfristig wird der Kampf gegen Unternehmer, Eigentum und Kapital indes weiter intensiviert werden. Der Staat soll es mit seinen Politikern und Beamten nicht

nur in der Krise richten. Kann ein überbordender Wohlfahrtsstaat einschliesslich seiner ideologischen Konsequenzen für das Denken und Handeln weiter Teile der Bevölkerung das Modell der Zukunft bleiben?

Eine expansive Geld- und Fiskalpolitik wird ohne mobilisierbare Nachfrage bei stillgelegtem Angebot einmal mehr verpuffen, die verbliebene Marktwirtschaft schwächen und stagflatorische Wirkungen entfalten. Wie gelangen wir nach der akuten Krise zurück zu einer schöpferischen Zerstörung?

Die Forderungen von Nassim Nicholas Taleb nach mehr Resilienz bekommen noch mehr Gewicht. Redundanzen, Lagerhaltungen und lose Kopplungen stellen eine bedenkenswerte Alternative in einer auf Effizienz und «Just in time» getrimmten Welt. Krisen bieten Chancen. In Krisen wächst Wissen. Krisen können Missstände bereinigen. Krisen gehen vorüber. Die weltweite Vernetzung ist die Voraussetzung für Frieden und Wohlfahrt und stellt uns weitaus besser als zur Zeit der Spanischen Grippe. In langer Frist geht es fast allen besser.



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Hochstrasse 38
8044 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
institut@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie auf
www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2020, Liberales Institut.